

Jugend gehört in jede Politik!

Für eine starke Eigenständige Jugendpolitik in allen politischen Handlungsfeldern

Positionspapier der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ¹

Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ setzt sich mit diesem Positionspapier für eine konsequente Stärkung der Jugendpolitik als ressortübergreifendes Politikfeld ein. Ziel einer jugendgerechten Politik muss es sein, die Lebenslagen und Interessen junger Menschen in allen politischen Bereichen systematisch zu berücksichtigen und ihre Mitwirkung als festen Bestandteil politischer Entscheidungsprozesse zu verankern.

Für eine starke Eigenständige Jugendpolitik sind verlässliche Rahmenbedingungen, stabile Strukturen sowie eine nachhaltige finanzielle und institutionelle Absicherung erforderlich.

Jugendpolitik wird dabei als Querschnittsaufgabe verstanden, die eine koordinierte Verantwortung aller Ressorts voraussetzt. Zugleich betont die AGJ die Notwendigkeit, tragfähige Kooperationen zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zu festigen, um die Wirksamkeit jugendpolitischer Maßnahmen langfristig zu sichern.

Inhaltsverzeichnis

Einleitung: Jugendpolitik stärken!	2
Jugend ermöglichen – in allen Politikfeldern.....	3
Mitwirkung junger Menschen als unabdingbarer Teil des Politikbetriebs	4
Der Jugendpolitik nicht die Grundlagen entziehen – stabile Strukturen ermöglichen	6
Forderungen für eine ressortübergreifende jugendpolitische Verantwortung	6
Appell: Jugendpolitik braucht Verbündete.....	7

¹ Ansprechperson für dieses Positionspapier ist die Koordinatorin des AGJ-Projekts jugendgerecht.de – Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik: Heidi Schulze (heidi.schulze@agj.de).

Einleitung: Jugendpolitik stärken!

In allen Politikfeldern werden Entscheidungen getroffen, die die Lebensphase Jugend² berühren und gestalten.

Die AGJ hat bereits 2020 in ihrem Beschluss „Jugend braucht mehr! – Eigenständige Jugendpolitik voranbringen und weiterdenken“³ die Entwicklung einer kohärenten Politik angemahnt, welche gute Rahmenbedingungen für junge Menschen schafft. Dabei stellt sie klar, dass junge Menschen sich selbst für eine lebenswerte Gegenwart und Zukunft engagieren (bzw. engagieren wollen), die von einem demokratischen Miteinander, sozialer Gerechtigkeit und nachhaltiger Entwicklung geprägt sein sollten.⁴ Politik, die junge Menschen betrifft, sollte evidenzbasiert entwickelt werden. Dabei nimmt die AGJ nicht nur die staatlichen Ebenen in die Pflicht, sondern auch die Kinder- und Jugendhilfe in ihrer gesamten Verfasstheit.

Diese Position wurde in den vergangenen Jahren vielfach aufgegriffen und die Bedeutung eines politischen Agierens im Sinne der Eigenständigen Jugendpolitik unterstrichen.

Besonders hervorzuheben sind der 15.⁵ und 17.⁶ Kinder- und Jugendbericht. Dennoch ist zu konstatieren, dass den gewachsenen Bemühungen um eine umfangreichere Beteiligung junger Menschen und eine bessere Wahrnehmung ihrer Interessen und Bedarfe weiterhin politisch herausfordernde Rahmenbedingungen gegenüberstehen. Jugendliche sind angesichts begrenzter Haushaltsmittel auf allen politischen Ebenen gegenüber anderen Interessengruppen strukturell benachteiligt. Dies wird insbesondere in den Handlungsfeldern der Jugendarbeit sowie entsprechender Partizipationsstrukturen deutlich. Auch zeigt sich im aktuellen politischen Tagesgeschäft, dass die Belange und Interessen von jungen Menschen, die in vielen unterschiedlichen Ressorts und Politikfeldern aufgegriffen und berücksichtigt werden müssten, weder koordiniert noch strategisch hervorgehoben Aufmerksamkeit erhalten. In einer alternden Gesellschaft geraten junge Menschen damit zunehmend in den Hintergrund, demografisch ebenso wie politisch.

In Anbetracht dieser Entwicklungen fordert die AGJ eine generationengerechte Politikgestaltung ein, die Jugendpolitik ressortübergreifend denkt, umsetzt und der schrumpfenden Gruppe junger Menschen besondere Berücksichtigung und Unterstützung zukommen lässt.

² Die Lebensphase Jugend umfasst im Verständnis der Eigenständigen Jugendpolitik die Altersspanne 12 bis 27 Jahre.

³ AGJ-Positionspapier „Jugend braucht mehr – Eigenständige Jugendpolitik voranbringen und weiterdenken“. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, 2020, www.jugendgerecht.de/downloads/AGJ-Positionspapier_Jugend_braucht_mehr_2020.pdf

⁴ Vgl. Albert, Mathias; Quenzel, Gudrun et al.: Jugend 2024 - 19. Shell Jugendstudie. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt. Beltz, Weinheim, 2024.

⁵ „15. Kinder- und Jugendbericht: Zwischen Freiräumen, Familie, Ganztagschule und virtuellen Welten – Persönlichkeitsentwicklung und Bildungsanspruch im Jugendalter“. BMBFSFJ, 2017, www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/115438/d7ed644e1b7fac4f9266191459903c62/15-kinder-und-jugendbericht-bundestagsdrucksache-data.pdf.

⁶ „17. Kinder- und Jugendbericht: Zuversicht braucht Vertrauen. Die Lage der jungen Generation und die Situation der Kinder- und Jugendhilfe“. BMBFSFJ, 2025, www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/244626/b3ed585b0cab1ce86b3c711d1297db7c/17-kinder-und-jugendbericht-data.pdf.

Jugend ermöglichen – in allen Politikfeldern

Zur Weiterentwicklung der Eigenständigen Jugendpolitik führte das AGJ-Projekt „jugendgerecht.de – Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik“ von 2023 bis 2026 neun thematische Denkwerkstätten⁷ durch, um jugendpolitische Perspektiven in verschiedenen Politikfeldern zu entwickeln und wahrnehmbar einzubringen. Thematisch wurden Rahmenbedingungen des Aufwachsens bearbeitet. An den Denkwerkstätten nahmen Expert*innen, darunter auch Jugendinteressenvertretungen, aus Jugendpolitik und den jeweils thematisierten Politikfeldern teil. In den Denkwerkstätten wurden sowohl dringende als auch substanzielle Handlungsbedarfe für die Jugendpolitik herausgearbeitet.

- In der *Wohnungspolitik* erschweren die angespannten Wohnungsmärkte in urbanen Räumen sowie die überwiegend auf Familien mit Kindern ausgerichteten Wohnungsmärkte im ländlichen Raum jugendliche Lebensplanungen.
- In der *Gesundheitspolitik* ist spätestens seit der Corona-Pandemie sichtbar: die mentale Gesundheit eines relevanten Teils der jungen Generation ist schwer belastet und junge Menschen brauchen deutlich mehr Unterstützung und Präventionsstrategien als bisher, damit Lebensperspektiven nicht verengt werden.
- In der *Mobilitätspolitik* werden die Mobilitätsbedarfe und Verkehrsmittel junger Menschen oft nachrangig behandelt. Der Fokus auf den motorisierten Individualverkehr in weiten Teilen Deutschlands ist nachteilig für viele junge Verkehrsteilnehmende.
- In der *Digitalpolitik* fällt auf, dass gerade im formalen Bildungsprozess und am Übergang von der Schule ins Berufsleben junge Menschen, die sie begleitenden Fachkräfte und die Institutionen am Übergang unzureichend auf die digitalen Anforderungen vorbereitet sind.
- Im Bereich *Klimapolitik* ist wichtig, dass junge Menschen an kommunalen Klimaschutzmaßnahmen beteiligt werden; denn sie werden von den Auswirkungen des Klimawandels direkt und stark betroffen sein.
- In der formalen *Bildungspolitik* zeigt sich, dass Studierende mit ihren oft prekären Lebenslagen jugendpolitisch wenig betrachtet werden. Zahlreiche Hürden erschweren insbesondere für Jugendliche aus bildungsbenachteiligten Haushalten nicht nur den Zugang zu weiterführenden Schulen und Ausbildungen, sondern auch einen erfolgreichen Hochschulabschluss.
- In der *Finanzpolitik* haben junge Menschen selbst keine verbindlichen Beteiligungsmöglichkeiten, um ihre Perspektiven auf den Bundeshaushalt zu entwickeln und einzubringen – trotz aller Diskussionen zum Thema Generationengerechtigkeit.
- Eine jugendpolitische Sicht auf *Sicherheitspolitik* erfordert einen breiten Sicherheitsbegriff, der junge Menschen nicht nur als dringend benötigtes Personal der Verteidigungspolitik versteht, sondern ihre Perspektiven einbindet und alle Generationen in den anstehenden Ausbau der zivilen Resilienzstrukturen heranzieht.
- In der *Medienpolitik* wird sichtbar, dass junge Menschen wenig Zugang zur Medienproduktion haben und daher oft verkürzt, einseitig und verzerrend über junge Menschen berichtet wird.

⁷ Alle Arbeitsergebnisse der Denkwerkstätten (2023-2026) und weiterführende Materialien finden sich unter <https://www.jugendgerecht.de/eigenstaendige-jugendpolitik/denkwerkstaetten>

Die ressortübergreifende Befassung mit den vielfältigen Anforderungen an junge Menschen und die Strukturen, welche die Lebensphase Jugend prägen, zeigt: Jugendliche müssen sich in einer sehr dynamischen Welt immer wieder neu an sich verändernde Rahmenbedingungen anpassen. Die hierfür notwendigen Ressourcen, etwa Bildung, Geld, Erfahrungen von Selbstwirksamkeit und Beteiligung sowie Unterstützung durch Erwachsene, sind unter jungen Menschen sehr ungleich verteilt. Das gilt auch für die familiären oder betreuenden Kontexte, in denen sie aufwachsen. Aus dieser Ungleichheit resultierende querschnittliche Handlungsbedarfe sind in den Denkwerkstätten deutlich geworden.

Jugendarmut und Teilhabeausschluss beeinträchtigen die Jugendphase

Armut und Teilhabeausschlüsse haben sich in jedem einzelnen Handlungsfeld als große Problemlagen manifestiert. Der Zugang zu beinahe allen gesellschaftlichen Bereichen ist insbesondere für junge Menschen mit geringen finanziellen Ressourcen, niedrigem Bildungsstand, mit Fluchtgeschichte und mit körperlichen und/oder geistigen Beeinträchtigungen massiv erschwert. Hinzu kommen Ausgrenzungen von Jugendlichen mit mehrfachen Diskriminierungserfahrungen. Oft sind junge Menschen von vielen Belastungen gleichzeitig betroffen und auf zivilgesellschaftliche und staatliche Unterstützungsstrukturen zwingend angewiesen. Dies berührt existenzielle Fragen wie z. B. den Zugang zu bezahlbarem (und ggf. barrierearmen) Wohnraum, zu Bildungswegen und zu Gesundheitseinrichtungen. Kinder- und Jugendhilfe trägt zwar dazu bei, Armutsfolgen abzumildern, ihre Wirkmacht auf andere Ressorts ist jedoch begrenzt.⁸ So ziehen sich Ausschlüsse durch die gesamte Jugendphase und verhindern die Erfüllung der Kernherausforderungen des Jugendalters (Verselbstständigung, Selbstpositionierung und Qualifizierung), mit lebenslangen biographischen Folgen für die jungen Menschen und ihre Familien.

Eine ressortübergreifend organisierte Eigenständige Jugendpolitik muss zum Ziel haben, allen jungen Menschen faire Chancen auf ein gelingendes, eigenständiges Leben zu eröffnen.⁹

Mitwirkung junger Menschen als unabdingbarer Teil des Politikbetriebs

Junge Menschen werden an Kernfragen des Aufwachsens, die in verschiedenen Politikfeldern verhandelt werden, kaum beteiligt. Dort, wo sie existiert, ist Beteiligung zudem oft nicht systematisch, wirkungsvoll oder nachhaltig.

Gleichzeitig belegen Beispiele aus der Bundespolitik die positive Wirkung einer strukturierten Beteiligung junger Menschen: So konnte das Bundesjugendkuratorium der 20. Legislaturperiode unter Mitwirkung junger Menschen zahlreiche stark beachtete Stellungnahmen, Publikationen und Zwischenrufe verfassen. Die Mitwirkung junger Menschen am 16. und insbesondere am 17. Jugendbericht der Bundesregierung schärfte den Blick für die Bedarfe und Anliegen junger Menschen, welche in die finalen Jugendberichte einfließen konnten und Grundlage für evidenzbasiertes politisches Handeln sein können. Die

⁸ Vgl. „Kap. 10 Prävention und Bekämpfung von Kinder-, Jugend- und Familienarmut: für ein soziales Netz, das trägt“ in AGJ-Stellungnahme „Junge Menschen im Mittelpunkt: Rechte der jungen Generation verwirklichen und demokratische Teilhabe stärken – Einschätzungen und Empfehlungen zu den kinder- und jugend(hilfe)politischen Vorhaben der Bundesregierung in der 21. Legislaturperiode“. Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ, 2025, https://www.agj.de/fileadmin/files/positionen/2025/StN_kinder-_und_jugendpolitische_Vorhaben_der_Bundesregierung.pdf

⁹ Vgl. „Eigenständige Jugendpolitik: Leitlinien, Grundsätze und Ziele“. Arbeitsstelle Eigenständige Jugendpolitik – jugendgerecht.de, 2019, https://www.jugendgerecht.de/downloads/jugendgerecht_Broschre_Leitlinien_190702_RZ.pdf

„Koordinierungsstelle Jugendbeteiligung in Klimafragen“ beim Deutschen Bundesjugendring unterstützt die Vernetzung junger, verbandlich organisierter Zivilgesellschaft mit dem Bundesministerium für Umwelt, Klimaschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMUKN) und zeigt den Wert mehrjähriger professionell begleiteter Beteiligungsprozesse auf Bundesebene.

Stimmen junger Menschen im Diskurs stärken

Die Gesellschaft braucht die Perspektiven junger Menschen und ihrer Interessenvertretungen in allen Politikfeldern. Daher ist insbesondere die Jugendpolitik aufgefordert, jungen Menschen Zugänge und Mitsprache im gesamten politischen Diskurs zu ermöglichen. Im Austausch mit weiteren Expert*innen können alle Beteiligten breitere politische Perspektiven und Zugänge gewinnen, die eigenen Argumente schärfen und Verbündete für gemeinsame Aktivitäten finden. Der Dialog mit anderen Stakeholdern kann eine wirksame Strategie sein, um einem möglichen „Gegeneinander ausspielen“ unterschiedlicher Interessengruppen den Boden zu entziehen. Politikfeldübergreifende Bündnisse können so auch zivilgesellschaftliche Strukturen stärken. Jugendpolitik ist auf allen Ebenen ein Querschnittsthema und kann daher eine zentrale Funktion im Schmieden breiter Bündnisse zu einer Vielfalt jugendrelevanter Themen einnehmen.

Wirksame Partizipationsformate auf Bundesebene weiterentwickeln

Wie die Mitsprache und Beteiligung junger Menschen an politischen Prozessen auf Bundesebene in Zukunft konkret gestaltet werden können, wird unter Jugendinteressenvertretungen und in der übrigen Fachwelt breit diskutiert. Die AGJ begrüßt die anhaltende Fachdebatte¹⁰ über erweiterte Mitwirkungsmöglichkeiten junger Menschen auf Bundesebene und verweist auf die Qualitätsstandards zu Kinder- und Jugendbeteiligung¹¹ als Orientierungspunkt für die weiteren Entwicklungen. Wertgeschätzt werden muss dabei der Wert jugendlicher Selbstorganisation: Jugendverbände und -organisationen mit ihren vielfältigen Mitgliedern und Erfahrungen sind wichtige Ansprechpartner für Politikberatung und -entwicklung. Grundsätzlich bedarf es zudem eines Ausbaus jugendpolitischer Beratung durch junge Menschen auf Bundesebene. Die genaue Ausgestaltung der Beteiligungsformate sollte den Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung folgen. Grundsätzlich ist eine Vielzahl unterschiedlicher, auf Beteiligungsgegenstand und -prozess angepasster Ansätze sinnvoll, die eine möglichst breite Beteiligung entsprechend der Ressourcen junger Menschen ermöglicht.¹² Ebenso notwendig ist eine intensivere Vernetzung auf kommunaler Ebene und Länderebene, sowie auf europäischer und internationaler Ebene, um politische Teilhabe und soziale Absicherung junger Menschen angesichts eines tiefgreifenden Wandels in Arbeits- und Lebensverhältnissen zu etablieren.

¹⁰ Aktuelle Beispiele und Debatten dazu vgl. „Sammelband Jugendbeteiligung auf Bundesebene: Perspektiven. Praxis. Impulse“. Bundeskompetenzzentrum Kinder- und Jugendbeteiligung, 2026, https://www.komkjb.de/fileadmin/user_upload/KomKJB/KomKJB_Sammelband.pdf

¹¹ „Mitwirkung mit Wirkung: Qualitätsstandards für Kinder- und Jugendbeteiligung“. Deutscher Bundesjugendring, 2022/2026, <https://standards.jugendbeteiligung.de/>

¹² Vgl. „Erfahrungen junger Menschen in der Politikberatung – Beteiligungspraxis junger Menschen auf Bundesebene“. Bundesjugendkuratorium, 2025, https://bundesjugendkuratorium.de/data/BJK_2025_Erfahrungen-junger-Menschen-Politikberatung.pdf

Der Jugendpolitik nicht die Grundlagen entziehen – stabile Strukturen ermöglichen

Seit dem Amtsantritt der neuen Bundesregierung im Mai 2025 ist die Jugendstrategie der Bundesregierung nicht weiterentwickelt worden. Zuvor brachte die Strategie, trotz auferlegter gemeinsamer Verantwortung der Ressorts, nur punktuelle Kohärenz in das jugendpolitische Agieren der Bundesregierung. Die Schaffung der Interministeriellen Arbeitsgruppe (IMA) Jugend war ein wichtiger Schritt und brachte die Chance, in einigen Handlungsfeldern die Zusammenarbeit zwischen den Bundesministerien zu unterstützen. Dennoch blieben Doppelstrukturen und Lücken. Die AGJ bekräftigt ihre Forderung nach einer ressortübergreifenden, kohärenten Jugendpolitik. Die IMA kann dabei eine zentrale Rolle spielen, sofern sie von allen Ressorts aktiv als Ort der gemeinsamen Politikentwicklung und -abstimmung auf Arbeitsebene genutzt wird. Die Anliegen junger Menschen müssen aufgegriffen werden und dürfen nicht durch unklare Zuständigkeiten vernachlässigt werden. Junge Menschen und ihre Vertretungen müssen mit ihren Anliegen fachkundige und verantwortliche Ansprechpersonen finden.

Zivilgesellschaft fördern, Fachlichkeit sichern

Der Staat braucht eine aktive und engagierte Zivilgesellschaft zur Erfüllung seiner Aufgaben. Junge Menschen brauchen Orte und Strukturen, um sich zu beteiligen und im politischen Prozess gehört zu werden. Dies ist ohne staatliche Unterstützung nicht möglich. Durch die wiederholten Kürzungsabsichten im Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) sowie die bisher nicht umgesetzten Ankündigungen des Koalitionsvertrags (10% Aufwuchs und Dynamisierung) werden die Jugendarbeit sowie die Vertretungsstrukturen junger Menschen geschwächt. Wenn Zivilgesellschaft mit Misstrauen oder Ablehnung begegnet wird, können auch jugendpolitische Ziele nicht erreicht sowie Fachlichkeit nicht verlässlich gesichert und gestärkt werden. Dadurch verliert die Bundesregierung eine unverzichtbare zivilgesellschaftliche Expertise, auch für die eigenen Vorhaben.

Forderungen für eine ressortübergreifende jugendpolitische Verantwortung

Im Interesse einer kohärenten und wirkungsvollen Jugendpolitik aller Ressorts zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse für junge Menschen in ganz Deutschland, insbesondere bezogen auf Entwicklungschancen und Daseinsvorsorge, fordert die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ von der Bundesregierung:

- Auskömmliche, strukturierte und dynamisch wachsende Finanzierung der Regelstrukturen für junge Menschen sowie eine ressortübergreifende Finanzierung gemeinsamer Aktivitäten, die nachhaltig gesichert sind und nicht in wiederkehrenden Kürzungsdebatten zum Kinder- und Jugendplan des Bundes zur Disposition gestellt werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich hierzu eng mit den Ländern und Kommunen in Politikentwicklung und -umsetzung abzustimmen.
- Entwicklung und Umsetzung einer von allen Ressorts getragenen, kohärenten Jugendstrategie für Deutschland, die im Zusammenspiel von Bund, Ländern und Kommunen ausgestaltet wird, faire Chancen und Perspektiven auf ein gelingendes Leben für alle Jugendlichen zum Ziel hat und anschlussfähig zur EU-Jugendstrategie ist.
- Konsequente Weiterentwicklung des Jugend-Checks als Prüf- und Sensibilisierungsinstrument mit angepasster Adressatenausrichtung, welche vor allem das Parlament und Ministerien, aber auch die Fachöffentlichkeit und junge Menschen in den Blick nimmt.

- Kontinuierliche Mitwirkung von Jugendverbänden und ihren Zusammenschlüssen, Schüler*innenvertretungen und weiteren Jugendselbstorganisationen an der Entwicklung und Umsetzung ressortübergreifender Strategien und Programmen in jugendpolitisch relevanten Feldern wie Klima-, Digital-, Sicherheits-, Finanz-, Wohnungs- oder Mobilitätspolitik durch jugendgerechte digitale und analoge Formate.
- Impulssetzung über Jugendforschung und eine Erweiterung der Jugendberichterstattung um ressortübergreifende Indikatoren, damit zusätzliche Aspekte jungen Lebens für politisches Handeln erschlossen werden können und intersektionale Benachteiligungen sichtbar werden. Junge Menschen sind an der Erstellung der Indikatoren und an der Formatwahl zu beteiligen. Jugendforschung muss breit und bedarfsgerecht finanziert werden und die Forschungsergebnisse müssen stärker an Zielgruppe, Politik und Fachwelt vermittelt werden.

Appell: Jugendpolitik braucht Verbündete

Jugendpolitik ist Querschnittspolitik und kann daher nur ressortübergreifend gedacht und gestaltet werden. Eine Jugendpolitik, die junge Menschen in ihrer gesamten Lebensrealität ernst nimmt und somit Jugend ermöglicht, braucht starke, dauerhafte Verbindungen in alle Politikfelder und eine gemeinsame Verantwortung. Dies gilt nicht nur für Politik und Verwaltung, sondern auch für zivilgesellschaftliche Akteure im Haupt- und Ehrenamt. In Zeiten, in denen öffentliche Haushalte zunehmend unter Druck geraten und Jugend starke Verbündete braucht, sind breite Bündnisse zwischen Jugendpolitik und anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen unerlässlich – auch um Kürzungsdebatten, die junge Menschen und die politisch Schwächsten treffen, wirkungsvoll gemeinsam zu entkräften.

Dabei sind nicht nur der Bund, sondern auch die Länder und Kommunen zur verstärkten Zusammenarbeit aufgerufen, um staatliches Handeln an den Zielen von Nachhaltigkeit und Zukunftsfestigkeit auszurichten. Strukturreformen dürfen nicht als Einschnitte auf dem Rücken junger Menschen ausgetragen werden, sondern müssen in der zugrundeliegenden Finanzarchitektur einen generationengerechten Sozialstaat realisieren.

Die AGJ fordert verbindliche, ressort- und ebenenübergreifende Zusammenarbeit – für eine Politik, die junge Menschen in ihrer gesamten Lebensrealität ernst nimmt und Jugend ermöglicht.

Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ

Berlin, den 01./02. Oktober 2026